

Deutsche Rundschau

in Polen

früher Ostdeutsche Rundschau
Bromberger Tageblatt

Bezugspreis: In Bromberg mit Bestellgeld monatlich 1800 000 Mark.
In den Ausgabestellen monatlich 1500 000 Mark. Bei Postbezug
monatlich 1547 500 Mark. Unter Streifen in Polen monatlich 3 000 000 Mark, Danzig 2,5 Gulden.
Bei Einzelbestellung 100 000 Mark. Sonntags u. Feiertags 120 000 Mark.
Bei höherer Gewalt, Betriebsstörungen, Arbeitsniederlegung od. Ausperrung hat der
Bezieher keinen Anspruch auf Ersatz der Zeitg. od. Rückzahlung des Bezugspreises.
Fern 594 und 595.

Anzeigenpreis: Die 80 mm breite Kolonellscheile 80 000 Mark, die 90 mm
breite Reklamescheile 400 000 Mark. Danzig 10 bz. 50 Mark. Bei Platz-
vorrichtung und schwierigem Satz 50 %, Aufschlag. — Abbestellung von Anzeigen nur
schriftlich erbeten. — Offertengebühr 500 000 Mark. — Für das Erscheinen der
Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.
Postkonten: Stettin 1847, Polen 202157.

Nr. 7.

Bromberg, Mittwoch den 9. Januar 1924.

48. Jahrg.

Dämmerung.

Eine Entschliebung der P. P. S. zum Minderheitenproblem in Polen.

Über die Politik der polnischen Regierung gegenüber den nationalen Minderheiten wurde auf dem 19. Kongress der Polnischen Sozialistischen Partei, der kürzlich in Krakau stattfand, folgende Entschliebung einstimmig angenommen:

I. Der 19. Kongress der P. P. S. stellt fest, daß das Nationalitätenproblem in Polen eine der brennendsten Fragen im Staats- und Gesellschaftsleben Polens ist, die der Lösung dringend bedürfen. Mit dem Augenblick der Festsetzung der Grenzen der Republik hängt diese Lösung von der eigenmächtigen Politik Polens ab. Die bisherige Tätigkeit der verschiedenen Kabinette war ständig von nationalistischen Einflüssen durchtränkt, die Bestimmungen der Konstitution wurden nicht gewürdigt. Im Gegenteil wurden gegenüber den Arbeiten und der Organisation der nationalen Minderheiten auf den verschiedenen Gebieten, insbesondere in den Ostgebieten, Repressalien und Unterdrückungen angewandt, wo die Ukrainer und Weißrussen geschlossen als Mehrheit der Bevölkerung die Gebiete bewohnen. Das Kabinett Witos-Korfanty aber, das amtlich die Ideologie des polnischen Nationalismus repräsentiert, brachte die Verhältnisse zu einer noch größeren Verschärfung.

Ein solcher Stand der Dinge verwandelt die Republik Polen in eine Arena andauernder Nationalitätenkämpfe, hemmt die Entwicklung der Arbeiterbewegung, steht im Gegensatz zu den Bestrebungen der Demokratisierung des Staates, stärkt die reaktionären Kräfte in der polnischen Allgemeinheit und wühlt andererseits die nationalistischen Strömungen unter den nationalen Minderheiten auf, indem er ein nationalistisch-steriles Übergewicht den Ukrainern und Weißrussen, ein baltisches Übergewicht den Deutschen sichert und den Zionismus unter den Juden stärkt.

Unter diesen Verhältnissen muß die Polnische Sozialistische Partei die Initiative auf sich nehmen, daß diese Angelegenheit wieder aufgerührt wird. Die Beendigung des Nationalitätenkampfes, die Schaffung von Bedingungen, unter denen die nationalen Minderheiten die volle Freiheit ihrer nationalen und kulturellen Entwicklung finden, unter denen ihre friedliche und brüderliche Zusammenarbeit mit dem polnischen Volke ermöglicht wird, ist eine Pflicht des polnischen Sozialismus und liegt im Interesse der Demokratie und der Zukunft des Staates.

Von diesem Standpunkte ausgehend, appelliert der Kongress an die leitenden Parteigänge und im besonderen an den Verband der P. P. S., eine entschiedene und energische Aktion einzuleiten, zur:

- vollständigen und wirklichen Gleichberechtigung sämtlicher Bürger der Republik ohne Unterschied des Glaubens und der Nationalität;
- unverzüglichen Einführung von Bestimmungen in die Konstitution, die den nationalen Minderheiten ihre kulturellen und sprachlichen Rechte, besonders auch auf dem Gebiete des Schulwesens garantieren, wobei streng darauf geachtet werden soll, daß bei der Verteilung von Subventionen und Stipendien durch den Staat, die Gemeinden und andere Selbstverwaltungs-körperschaften lediglich Rücksichten auf den Stand der betreffenden Schule entscheidend sein sollen, nicht aber Rücksichten der Unterrichtssprache, der Nationalität oder des Glaubens (val. die Gründung einer ukrainischen Universität in Lemberg);
- zum vollständigen Bruch mit der Politik der Schikanen seitens der Verwaltungsbehörden, sowie mit der Politik der Glaubens- und Nationalitätenverfolgungen, welche die größte Verurteilung verdienen; Reorganisation und Verbesserung der Verwaltung in den Ostgebieten;
- Einführung der Gemeindefelbstverwaltung in den sogenannten Ostgebieten, in den Städten und auf dem Lande, der Selbstverwaltung in den Kreisen und Wojewodschaften, Zulassung der Bürger der Republik, die den nationalen Minderheiten angehören, zur Staatsverwaltung in sämtlichen Zweigen;
- zur Durchführung der Agrarreform im Sinne der Forderungen der Polnischen Sozialistischen Partei;
- zur territorialen Autonomie für die Minderheiten, die geschlossen die östlichen Gebiete bewohnen, unter Wahrung der Rechte der polnischen Bevölkerung.

II. Der Kongress nimmt zur bestätigenden Kenntnis die Schritte des Zentralen Ausführungsausschusses, die auf die Festsetzung eines ständigen Kontakts zwischen der Polnischen Sozialistischen Partei und den sozialisti-

schen Gruppen und Organisationen der nationalen Minderheiten abzielen. Gleichzeitig unterstreicht der Kongress mit allem Nachdruck, daß ebenso, wie es sich der polnische Sozialismus zur Pflicht gemacht hat, den polnischen Nationalismus zu bekämpfen, auch die ukrainische, weißrussische, deutsche und jüdische Demokratie die nationalistischen und clerikalen Strömungen bekämpfen müssen.

Der Kongress ermächtigt die leitenden Parteigangorganisationen zur weiteren Arbeit nach dieser Richtung hin.

Aus der Dunkelkammer.

Wojewodschaftsversammlung des Nationalen Volksverbandes in Polen.

Polen, 7. Januar. Am gestrigen Sonntag wurde hier eine Versammlung des Nationalen Volksverbandes abgehalten, die von ungefähr 600 Delegierten besucht war. Wegen der Schneeverwehungen, die die Eisenbahnverbindung sehr erschwerten, konnten verschiedene Abgeordnete und Senatoren aus Warschau nicht eintreffen, darunter der frühere Minister Rucharski, Prof. Dr. Głabinski und Dr. St. Kozicki. Für den letzteren, der den Bericht über die Außenpolitik zu erstatten hatte, trat Abg. Petruski ein, der einen Abriss der Auslandspolitik während der Reichsregierung gab. Abg. Sacha referierte über die Inlandspolitik während der Regierung Witos-Korfanty-Dmowski. Besonders Interesse erweckte das Referat des Abg. Rzepecki, das dieser in Vertretung des früheren Ministers Rucharski erstattete. Nach diesen Referaten entwickelte sich eine sehr umfangreiche Diskussion speziell über die Fragen der Auswanderung, der Emigration der Optanten und über die Finanzprobleme. Lebhaften Anteil daran nahmen u. a. auch die Vertreter Bromberg und Inowroclaw, Lewandowski und Prof. Jagielnicki, ebenso wie viele andere Vertreter von Handel und Gewerbe im Posen-schen.

Es wurden zwei Entschliebungen angenommen. Die erste lautet:

Die Delegiertenversammlung des Nationalen Volksverbandes in der Wiener Wojewodschaft fordert die Regierung auf zu sofortiger Ausweisung derjenigen Deutschen, die die polnische Staatsangehörigkeit nicht besitzen, als Antwort auf die Ausweisung unserer Landsleute aus Deutschland, die die deutsche Regierung mit der ganzen Rücksichtslosigkeit und Brutalität rechtswidrig aus ihren Grenzen enfernt.

In der zweiten Entschliebung wurde dem Parteivorstand und dem Vorstand des parlamentarischen Klubs volles Vertrauen ausgesprochen. Die Versammlung leitete Dr. Rybski.

Heute findet hier eine große politische Versammlung des Volksverbandes statt, in der der frühere Minister Rucharski sprechen wird, der an der gestrigen Versammlung nicht hatte teilnehmen können, weil sein Zug infolge der Schneeverwehungen bei Sieradz stecken geblieben war.

Vor der Konferenz der Kleinen Entente.

Wie aus Wien gemeldet wird, hat die jugoslawische Regierung an Vences das Ersuchen gerichtet, seine Ankunft in Belgrad zu beschleunigen, da für das jugoslawische Außenministerium unvorhergesehene Zwischenfälle vorgekommen seien. Vences wird infolgedessen am heutigen Dienstag, dem Vortage des Beginns der Konferenz der Kleinen Entente, in Belgrad eintreffen. Voraussichtlich wurde als Bevollmächtigter Vences Dr. Giers nach Belgrad entsandt. Es sind Gerüchte im Umlauf, daß sich der serbische Ministerpräsident Paskich der abenteuerlichen Politik Vences in bezug auf die Freundschaft mit den Sowjets um jeden Preis widersetzt. Politisch bleibt in näheren Beziehungen zu der altrussischen Emigration. Dr. Giers hat den Auftrag, die Skrupel Paskichs zu zerstreuen.

Nach weiteren Meldungen Wiener Blätter sollte das Programm der Konferenz, das vor dem letzten serbisch-bulgarischen Konflikt festgesetzt wurde, lediglich folgende drei Punkte umfassen:

- Berichterstattung über die Lage in Zentral-Europa mit Ausschluß der Frage der Erweiterung der Kleinen Entente auf andere Staaten;
- die finanzielle Rekonstruktion Ungarns;
- die Stellung, die gegenüber dem Problem der Anerkennung der Sowjetregierung de jure eingenommen werden soll.

Die eigentliche Konferenz soll einen Tag dauern. Zwei weitere Tage sollen ausschließlich Festlichkeiten gewidmet sein.

Im Zusammenhang mit dem ersten Punkt des Programms wird Dr. Vences den Text des Bündnisvertrages zwischen der Tschechoslowakei und Frankreich mitteilen und evtl. analoge Traktate entweder mit den beiden anderen Staaten der kleinen Entente oder auch ausschließlich mit Jugoslawien besprechen. Vences wird auch seinen Plan der Umwandlung der Kleinen Entente in eine Liga Zentral-Europas unter den Auspizien Frankreichs entwickeln, wobei er auch als Sprecher Frankreichs, Belgiens und Polens auftreten soll. Die Wiener Blätter behaupten, daß der ursprüngliche Plan Rumäniens, durch die Einbeziehung Polens zur Kleinen Entente dieser den Charakter eines Defensivbündnisses gegenüber Rußland zu geben, nicht aktuell sei. Im Gegenteil drängt Vences darauf, alles mögliche zu tun, um zu einer Annäherung mit den Sowjets zu gelangen, wobei er zu verstehen gibt, daß sich nach dieser Richtung hin die Intentionen Frankreichs bewegen.

Mark und Dollar am 8. Januar

(Vorläufiger Stand um 10 Uhr vormittags.)

Danziger Börse

1 Dollar = 12 000 000 p. M.
1 Dollar = 4,2 Rentenmark
1 Million p. M. = 0,528 Gulden

Warschauer Börse

1 Dollar = 9 700 000 p. M.
1 Danz. Gulden = 1 920 000 p. M.

Tschechische Quellen versichern der englischen Presse, daß die Tschechoslowakei gegenüber Frankreich keine militärischen Verpflichtungen eingegangen sei, und im besonderen, daß die tschechische Regierung gegenüber allen Verpflichtungen, die sich in den Beziehungen zu Polen aus dem Bündnisvertrage zwischen der Tschechoslowakei und Frankreich ergeben könnten, Vorbehalte gemacht habe.

Konferenz der baltischen Staaten in Rowno.

Rowno, 8. Januar. PWT. Die Konferenz der Außenminister der baltischen Staaten findet in Rowno Mitte Februar statt. Litauen hat bereits die Einladungen an die einzelnen baltischen Staaten ergahen lassen. Ein litauischer Diplomat begibt sich nach Reval, um das Material für die Konferenz vorzubereiten.

Deutscher Föderalismus.

Bayern verlangt die Revision der Weimarer Verfassung.

Der bairische Gesandte in Berlin, Dr. von Freger, hat der Reichsregierung eine Denkschrift über die föderalistische Umgestaltung der Weimarer Verfassung überreicht.

Die Denkschrift erinnert daran, wie das Reich als ein Bund selbständiger Staaten gegründet wurde, die ihr Eigenleben als selbständige Staaten weiter hatten und denen Bismarcks Verfassung das Einsetzen in den Bund erleichterte, sobald sie zu ihm seit Jahrhunderten erlebten Nationalstaat heranwachsen. Die Weimarer Verfassung hat das föderalistische Prinzip durch das unitaristische ersetzt und so erheblich in das Recht der Bundesstaaten eingegriffen, daß sie zu gehobenen Selbstverwaltungs-körnern degradiert wurden. Die Hoffnung der Väter der Weimarer Verfassung auf eine starke, alle Gefahren überwindende unitaristische Reichsgewalt habe sich nicht erfüllt, sondern ihr Verfassungswerk sei staatspolitisch und verwaltungstechnisch verfehlt.

Die Weimarer Verfassung stehe im Widerspruch mit dem wirklichen Staatsleben und dem wirklichen Volkswesen, wohl hauptsächlich auch deshalb, weil sie die Bündnisverträge von 1870 mißachte und die dadurch garantierten Rechte der Einzelstaaten beiseite schob. Der ausgeprägte Persönlichkeitscharakter des bairischen Staates und Volkes verlangt nach Anerkennung. Deshalb ist die Reaktion gegen die Weimarer Verfassung berechtigt. Bayern kann auf seine alte Staatlichkeit nicht verzichten.

Die notwendigen Änderungen der Reichsverfassung werden in einer Abgrenzung der Zuständigkeiten zwischen dem Reich und den Einzelstaaten erblickt, in der Wiederherstellung der alten Bundesratsrechte im Reichsrat. Der Reichsrat muß wieder die alte Geltung der Gleichberechtigung neben dem Reichstag haben. Er muß wieder Ausführungsbefugnisse an den Reichsausschuss sowie allgemeine Verwaltungsanordnungen erlassen. Durch Stärkung seines Einflusses auf die Reichsgeschäfte muß ihm das Auskunftsrecht von der Reichsregierung über die Führung der Reichsgeschäfte wieder eingeräumt werden. Der Abschluß von Bündnissen mit fremden Staaten muß wieder seiner Zustimmung unterworfen werden. Für die Abgrenzung der Zuständigkeit zwischen Reich und Staaten muß die Wahrung seines Bestandes nach außen maßgebend sein. Die Zentralisation und Vereinfachung soll da bestehen bleiben, wo dies auch bisher anerkannt wurde. Die Denkschrift will hierfür noch nicht die letzten Formulierungen aufstellen, sondern sie gegenseitiger Vereinbarung überlassen.

Sie fordert Beschränkung des Reiches auf die große Gesetzgebung, grundsätzliche Ausführung der Reichsgeschäfte durch die Landesbehörden, Beschränkung der Reichsaufsicht auf den Erlass von Ausführungsausschüssen, Wiederherstellung der Verfassungsautonomie der Bundesstaaten, Beschränkung des Enquete-Rechtes der Reichsregierung auf den Ausnahmezustand und die staatlichen Notwendigkeiten in Anlehnung an Artikel 78 der alten Reichsverfassung, doch jedenfalls so, daß die politische Souveränität der Länder gewahrt bleibt. Im Finanzwesen wird die Vereinfachung des Steuersystems verlangt. Ebenfalls wird die Wiederherstellung der Zuständigkeit der Einzelstaaten wie in der Gesetzgebung und Verwaltung, so auch auf dem Gebiete der Kulturpolitik und Kulturpflege verlangt. Dem Reiche soll nur eine gewisse Grundrechtsgesetzgebung zukommen.

Die Wehrmacht soll technisch bleiben wie sie ist. Soweit aber die Wehrmacht auch politische Aufgaben hat, muß auf die Bundesstaaten Rücksicht genommen werden. Der einheitliche Wille des Reichspräsidenten schließt ein solches Recht nicht aus. Die frühere

Sonderstellung Bayerns soll erweitert

und im Wehrgebiet eingeräumt werden.

Die Denkschrift weist zum Schluß darauf hin, Bayern halte daran fest, daß auf die zugrunde liegende Absicht der Degradierung zur Reichsprovinz endgültig verzichtet und daß zum völkertüchtigen Bundesstaat der früheren Reichsverfassung zurückgekehrt werde.

König Ferdinand von Bulgarien lehrt nach Sofia zurück.

Entrüstungsturm in Jugoslawien.

Nach einer Meldung aus Sofia ist der ehemalige Zar von Bulgarien Ferdinand, der nach dem Zusammenbruch seines Landes am Ende des Weltkrieges zugunsten seines ältesten Sohnes Boris auf den Thron verzichtet hatte, am Sonnabendabend in der bulgarischen Hauptstadt eingetroffen, und hat im königlichen Palast Wohnung genommen. Die plötzliche Rückkehr des früheren Zaren, der in Serbien der „Fuchs des Balkans“ genannt wird, hat Serbien vor eine vollkommene Tatsache gestellt, bevor es Vorbeugungsmaßnahmen gegen die Zulassung zur Rückkehr ergreifen konnte. Nach Informationen aus Sofia erfolgte die Rückkehr so plötzlich, daß man keine Zeit mehr hatte, für den König die früheren Gemächer im königlichen Palast in Ordnung zu bringen. Man begann sie erst zu seinem Empfang zu erneuern, und infolgedessen soll König Ferdinand in den Gemächern seines Sohnes, des jetzigen Königs Boris, wohnen.

Die Ankunft des Fürsten Kyril, des zweiten Sohnes des Zaren Ferdinand, und der Fürstinnen Eudokija und Nadiezda kam Zar Ferdinand zuvor. Der Fürst und die Fürstinnen haben gleichfalls im königlichen Palast Wohnung genommen. Zar Ferdinand traf in Sofia direkt aus München ein, wo er mit dem bayerischen Thronfolger Rupprecht konferierte. Bei der Ankunft Ferdinands in Sofia wurden ihm sämtliche königlichen Ehren erwiesen.

Ein in Athen eingetroffenes Belgrad Telegramm teilt mit, daß der außerordentliche Ministerrat den ganzen Sonnabend über tagte. Nachmittags wurde der Beschluß gefaßt, daß die am Freitag durch die bulgarische Regierung in bezug auf die Regel des bulgarischen Ministerpräsidenten abgegebenen Erklärungen ungenügend seien. Bevor weitere Beschlüsse gefaßt werden, wurde es jedoch als notwendig anerkannt, noch einmal den jugoslawischen Gesandten bei der bulgarischen Regierung Radez nach Sofia zu entsenden mit dem Auftrage, in unmittelbarer Konferenz mit der bulgarischen Regierung die für Jugoslawien unbedingt notwendige Handhabe für den guten Glauben und den guten Willen in der bulgarischen Politik zu erlangen.

Nach der Überzeugung jugoslawischer Regierungskreise deutet die Genehmigung der Regierung Bulgariens zur Rückkehr des Zaren Ferdinand darauf hin, daß Bulgarien sich wiederum in den Händen derselben Faktoren befindet, die es zum Kriege auf Seiten der Zentralmächte geführt haben. Jugoslawien ist entschlossen, unter keiner Bedingung den Aufenthalt des Zaren Ferdinand in Sofia zu gestatten. Was die Rede des bulgarischen Ministerpräsidenten Zankow anbetrifft, so wird versichert, daß die jugoslawische Regierung aus Sofia vier verschiedene Texte dieser Ansprache erhalten hat, daß jedoch Grund zu der Behauptung vorliegt, daß keiner dieser Texte dem entspricht, was Zankow wirklich in der bulgarischen Sbranze erklärt hat.

Zamowski Außenminister.

Die die Blätter aus Warschau melden, hat sich Graf Zamowski nach Abhaltung einer Reihe von Konferenzen bereit erklärt, das Portefeuille des Außenministers anzunehmen. Er wird sich in diesen Tagen nach Paris zurückbegeben, um dort seinen Haushalt aufzulösen, worauf er nach Warschau zurückkehrt, um das Ministerium zu übernehmen.

Vor der Ernennung Zamowskis schrieb der „Kurjer Poranny“ über diese Kandidatur:

Der Name unseres gegenwärtigen Gesandten in Paris wird mit Enthusiasmus von der Sowjetpresse genannt. Schon dies zeigt dafür, daß die sowjetisch-französischen Pläne von polnischer Seite die wenigsten Hindernisse erwarten. Es kann dies richtig oder auch nicht richtig sein. Nichtsdestoweniger könnte die Befriedigung der Sowjetwünsche einen Eindruck hervorrufen, der am wenigsten dazu beitragen würde, die gegenwärtigen Mißverständnisse im Westen, was das Verhältnis Polens zu diesem Irrwege anlangt, zu zerstreuen, auf den unter dem Einfluß des Herrn Benesch der Dualismus die politische Politik Frankreichs führen will — zu erster Gefahr für die wirklichen Interessen Frankreichs wie für das Gleichgewicht und den Frieden Europas.

Benizelos in Athen.

Athen, 6. Januar. (M.F.) Gleich nach seiner Ankunft in Athen lud Benizelos die Führer der Parteien zu einer Konferenz ein. Nach seiner Ansicht müßte die Nationalversammlung aufgelöst und es müßte Neuwahlen unter der Forderung der Versöhnung der bürgerlichen Parteien ausgeschrieben werden. Der Empfang Benizelos durch die Bevölkerung war sehr ruhig. Benizelos nahm in seinem früheren Heim gegenüber der amerikanischen Gesandtschaft Wohnung.

Griechischen Zeitungsberichten zufolge hat Benizelos die Annahme des Ministerpräsidentenpostens abgelehnt, und sich bereit erklärt, das Portefeuille des Außenministers zu übernehmen. Die Liberalen haben Benizelos die Übernahme des Vorsitzes in der Kammer angetragen. Die Wahl des Kammerpräsidenten wird wahrscheinlich bis zur nächsten Woche vertagt werden.

Wie ein Blatt erzählt, stellt sich Benizelos den Staatsaufbau wie folgt vor: Die Abwesenheit des Königs ist notwendig bis zu der Zeit, da sich das Volk in völliger Anarchie befindet. Die nächsten Schritte sind die Wahl einer Verfassungsversammlung, die die Verfassung des Landes neu aufstellt. Es ist die Pflicht der Regierung, die Verfassung zu erneuern, und es ist die Pflicht des Volkes, die Verfassung zu erneuern. Es ist die Pflicht der Regierung, die Verfassung zu erneuern, und es ist die Pflicht des Volkes, die Verfassung zu erneuern. Es ist die Pflicht der Regierung, die Verfassung zu erneuern, und es ist die Pflicht des Volkes, die Verfassung zu erneuern.

Benizelos wurde mit 345 von 385 abgegebenen Stimmen zum Vorsitzenden des Parlaments gewählt. Infolge einer Indisposition verließ Benizelos während der Abstimmung den Sitzungssaal.

Geschichte und Geschichtsfälschung.

Unter der Überschrift „Vergleichende Studie über die Kriegsvorbereitungen der verschiedenen Länder“ veröffentlicht das bekannte Mitteilungsblatt der englischen „Labour-Party“ (E. D. Morel, der als ausstehender Kandidat für ein Kabinett-Ministeramt bezeichnet wird, in den Seiten 6 und 7 der französischen Monatschrift zur Erforschung der Kriegsverbrechen „Vers la Vérité“ eine eingehende historische Untersuchung über den Weltkrieg, die militärischen und imperialistischen Bestrebungen der verschiedenen am Weltkrieg beteiligten Großmächte. Er kommt dabei zu nachfolgenden Schlussfolgerungen:

1. Der „preussische Militarismus“ hat in dem Zeitraum von 1700—1870 weniger Krieg geführt als der russische, englische, französische und österreichische Militarismus. Trotzdem erklärt man uns immer wieder, daß der preussische Militarismus stets der Schrecken Europas gewesen sei.

2. Von 1871—1914 macht sich der deutsche Machthunger und Imperialismus durch Eroberungen, Eroberungsversuche und Eindringungsversuche unendlich weniger und weniger bemerkbar als der Machthunger Russlands, Frankreichs und Englands. Trotzdem erklärt man uns immer wieder, daß der Machthunger Deutschlands und nur dieser allein uns den Krieg vorbereitet hat.

3. In den letzten 20 Jahren vor dem Kriege übersteigen die militärischen und Marineausgaben Frankreichs und Russlands dauernd und bei weitem diejenigen Deutschlands und Österreichs. Trotzdem erklärt man uns immer wieder, daß das imperialistische Deutschland und nur dies allein uns den Krieg vorbereitet hat, um sich zu geeigneter Stunde auf seine unerschöpflichen, ahnungslosen und unvorbereiteten Nachbarn zu werfen.

Und Morel fährt fort: „Was ich vorstehend auseinandergesetzt habe, ist Geschichte; was man uns seit Jahren erklärt und noch heute behauptet, ist Geschichtsfälschung in einem bisher in den Annalen der Völker beispiellosen Umfange, einer beispiellosen Unverschämtheit, das größte Verbrechen, was Staatsmänner an ihren Völkern begehen können und das sich noch verschärft durch die Tatsache, daß sie bei diesem Völkerverbrechen auf die tägliche Unterstützung einer schamlosen Presse rechnen können, die jedes Maß von Verantwortung verloren und sich auf das Niveau des gewöhnlichsten Geschäftemachens erniedrigt hat.“

Können jedoch auf die Dauer der Sache einer Nation nicht von Nutzen sein. Eine auf ihr aufgebaute nationale Politik wird für das Volk, welches sie bildet, von den ersten Folgen befallen sein. Ich überlasse sie darum erneut dem englischen Volke.

„Die Verteilung der kleinen Nationen.“

Das englische Unterhausmitglied Arthur Ponsonby berechnet in der „Common Sense“ den territorialen Gewinn des britischen Reiches aus dem „Rechtsfrieden“ auf 3500 000 Quadratkilometer, d. h., auf das elffache der Größe Großbritanniens. Er schließt seine Berechnungen mit folgenden Betrachtungen: Der territoriale Gewinn aus einem nur zur Verteidigung der kleinen Nationen unternommenen Kriege in Höhe von 3500 000 Quadratkilometern ist gar nicht so klein und wir heimsten ihn ein so ruhig, so unschuldig, so bescheiden. Wir stecken beinahe diese Gebiete nicht ein, sie fielen uns eben von selbst zu. Satten wir doch während des Krieges allen Verdacht beseitigt, indem wir erklärten:

Wir haben kein Verlangen, unsere Reichslast noch zu vergrößern, weder durch Territorien, noch durch Übernahme weiterer Verantwortungen. (Wauchoir im Oktober 1914.)

Wir kämpfen nicht um territorialen Gewinn. (Donnerstag im Dezember 1914.)

Wir führen keinen Eroberungskrieg. (Lloyd George im Februar 1917.)

Unser Ziel wird uns weder territoriale Vergrößerungen noch irgendwelche Ausdehnung unseres Reiches bringen. (Walter Long im Februar 1918.)

Republik Polen.

Neue Verhandlung gegen Wiczorkiewicz und Baginski.

Wie der „Kurjer Polski“ meldet, findet am 28. d. M. vor dem Warschauer Obersten Militärgericht die Appellationsverhandlung in Sachen der Offiziere Wiczorkiewicz und Baginski statt, die bekanntlich gegen das erstinstanzliche Urteil, das auf Todesstrafe lautete, Berufung eingelegt haben.

In Sachen der beiden Verurteilten weiß der „Dziennik Powszechny“ aus Warschau vom 7. d. folgenden Vorfall zu erzählen: Gestern abend 7 Uhr beobachtete der Posten der Staatspolizei zwei Personen, die an das Gefängnis heranzukommen suchten. In dem sich Wiczorkiewicz und Baginski befanden. Eine von diesen Personen wurde verhaftet. Es fanden sich bei dem Verhafteten zwei Handarmer, Revolver und Patronen. Der zweite Mann ist entkommen. Da es den Anschein hat, daß hier ein Versuch vorlag, Wiczorkiewicz und Baginski zu befreien, haben die Polizeibehörden die Verhaftung einer Reihe von verdächtigen Elementen angeordnet.

Wechsel im Landwirtschaftsministerium.

Warschau, 8. Januar. (M.F.) Der „Monitor Polski“ veröffentlicht folgendes Schreiben des Staatspräsidenten:

An den Ministerpräsidenten Wladyslaw Grabski in Warschau.

Indem ich Ihrem Antrag stattgebe, enthebe ich den Unterstaatssekretär Dr. Josef Maczynski von der Leitung des Ministeriums für Landwirtschaft und Staatsdomänen und ernenne als dessen Stellvertreter Stanislaw Janicki zum Minister für Landwirtschaft und Staatsdomänen.

Warschau, den 7. Januar 1924.

Der Präsident der Republik Polen.

Der Ministerpräsident. gez. Wladyslaw Grabski.

Zurückziehung des Entwurfs des Pressegesetzes.

Wie polnische Blätter zu berichten wissen, beabsichtigt die Regierung, den Entwurf des Pressegesetzes zurückzuziehen, um ihn einer gründlichen Umarbeitung zu unterziehen.

Verhaftung von Direktoren der Zuckerrübe.

„Expresz Poranny“ meldet aus Warschau, daß am letzten Freitag der Direktor Nikolski von der Bank Gukrowicza verhaftet und in das Untersuchungsgefängnis gebracht worden sei. Unabhängig davon meldet der „Kurjer Godzenny“:

In Sachen der von uns bereits besprochenen Affaire der Zuckerrübe stellt es sich heraus, daß die Bank, die große Lager von Zuckerrüben hat, der bereits seit langem in Höhe von 4000 M. pro Sach versteuert ist, ihr Lager nicht nur nicht zur

Nachversteuerung, die gegenwärtig 40 Millionen für 100 Kilogramm ausmacht, angemeldet, sondern das Lager zu verkaufen begonnen hat bei Berechnung der angeblich gezahlten Steuern. Zwei Direktoren, Wilczanski und Mikulski, sind verhaftet und in das Untersuchungsgefängnis eingeliefert worden. Die Zuckerrüben wurden freigeschätzt und werden verkauft werden. In juristischen Kreisen meint man, daß die Abtretung unter § 24 des Kriegswirtschaftsgesetzes vom 2. 7. 1918. Dieser Artikel sieht Lebenslänglich in schweren Fällen und sogar die Todesstrafe vor.

Deutsches Reich.

Das Motto des Reichsjustizministers.

Der neue Reichsjustizminister Dr. Gmünger, ein Mitglied der Bayerischen Volkspartei, hat für das Jahr 1924 folgenden Leitspruch ausgearbeitet:

„Die Richterfrüchte der Geschichte beweisen, daß die Macht des Rechts schließlich noch immer über das Recht der Mächtigsten siegt. Leider erlebt nicht jeder das endgültige Urteil! Ich wünsche, ich könnte auch dieses Gerichtsverfahren vereinfachen, verbilligen und beschleunigen!“

Reichstagswahlen im Mai?

Der Demokratische Zeitungsdienst bezeichnet es als wahrscheinlich, daß die Reichstagswahlen im Mai stattfinden. Immerhin sei es auch möglich, daß eine vorzeitige Auflösung erfolge und daß die Neuwahlen dann sehr rasch anberaumt werden, da durch die Wahlgesamtheit die Fristen wesentlich verkürzt sind.

Sächsische Parlamentskrise.

Der sächsische Landtag wählte den sozialdemokratischen Abg. Selbdt mit 51 Stimmen von 79 zum Ministerpräsidenten. 14 Abgeordnete der Sozialdemokratischen Fraktion hatten den Saal verlassen. 10 Stimmen entfielen auf den kommunistischen Abgeordneten Böttcher und 17 auf den Deutschnationalen Kommerzienrat Böhm.

Zu Beginn der Landtagssitzung teilte der bisherige Ministerpräsident Kellisch mit, daß ein Antrag eingegangen sei, ein Volksbegehren über die Auflösung des Landtags herbeizuführen. Die Regierung werde diesem Antrage entsprechen.

Schaumburg-Lippe will preussisch werden.

Das ehemalige Fürstentum Schaumburg-Lippe, das als einer der kleinsten Bundesstaaten vor den größten Finanzschwierigkeiten steht, hat den Entschluß gefaßt, sich an einen der größten Bundesstaaten, in erster Stelle an Preußen, anzuschließen und zwar beizutreten, derweise auf einen Antrag der sozialdemokratischen Fraktion des Landtages hin. Der Landtag hat den Anschluß und die Landesregierung einstimmig ermächtigt, die Anschlußverhandlungen zu eröffnen. Die Zeit scheint danach nicht mehr fern zu sein, wo Schaumburg-Lippe, ebenso wie Waldeck, in Preußen aufgehen wird.

Vor einem deutsch-türkischen Freundschaftsvertrag.

Nachdem die türkische Regierung von Angora mit verschiedenen am Lausanner Vertrag nicht beteiligten Mächten Verhandlungen über den Abschluß eines Freundschaftsvertrages aufgenommen hat, ist zwischen der Regierung von Angora und der deutschen Regierung ebenfalls eine vorläufige Fühlungnahme erfolgt. Es ist anzunehmen, daß mit der Führung der Hauptverhandlungen einer der deutschen Vertreter auf dem Balkan betraut wird.

Aus anderen Ländern.

Der Vorstoß der russischen Monarchisten.

In politischen Kreisen Englands erregen die Ereignisse, die sich in den Kreisen der zaristischen russischen Emigranten abspielen, großes Aufsehen. Der Großfürst Nikolai Nikolajewitsch, der bekanntlich vor einigen Tagen in Paris zum Zaren aller Russen ausgerufen wurde, erklärte in einem an die Belgradische russische Kolonie gerichteten Telegramm, daß er sich binnen kurzer Zeit an alle Russen wenden werde, denen das Wohl des Vaterlandes über die persönlichen Interessen gehe, um mit vereinter Kraft Rußland von der Sowjetherrschaft zu befreien. Gleichzeitig gab General Wrangel einen Tagesbefehl heraus, worin er den in Jugoslawien befindlichen russischen Soldaten zur Kenntnis bringt, daß er von nun an nur ihr militärischer Vorgesetzter sei.

Der Londoner „Daily Express“ meldet den Bestand einer Organisation russischer Auswanderer, deren Zentrum in Frankreich sein soll, während sie überall Filialen unterhält. Der Zweck der Organisation wäre, Rußland vom Bolschewismus zu befreien und die Monarchie wieder aufzurichten. Der Führer der Organisation in England, Wikschinsky, soll erklärt haben, es sei nach und nach aus Rußland eine Deputation eingetroffen, die 200 zaristische Organisationen vertritt und in Paris mit dem Großfürsten Cyrill unterhandelt habe. Dieser habe sich bereit erklärt, an die Spitze der Bewegung zu treten, und habe in Rußland einen Aufruf verbreiten lassen, durch den den Bauern Bodeneigentum und den Arbeitern politische Rechte verschaffen werden. Die Bolschewiken sollen alle zum Tode verurteilt, bei denen ein solcher Aufruf gefunden wird. Wikschinsky behauptet, die Organisation zähle auch unter den Mitgliedern der Roten Armee viele Anhänger.

Die englische Arbeiterpartei vor dem Regierungsantritt.

Der Londoner Korrespondent des „Temps“ meldet, daß das englische Parlament nach dem Sturz des Kabinetts Baldwin verlagert werden und seine Sitzung am 29. oder 30. Januar nach Bildung des Kabinetts durch MacDonald wieder aufnehmen werde.

Die Arbeiterpartei soll nach dem „Temps“ entschlossen sein, aus ihrem Programm alle die Fragen auszuschalten, die den Liberalen die Unterstützung des Arbeiterkabinetts erschweren würden. Wie „Daily Chronicle“ aus den Führern der Arbeiterpartei nahegelegenen Kreisen erzählt, sei es MacDonald gelungen, die Abgeordneten der Arbeiterpartei und im besonderen den linken Flügel dieser Partei davon zu überzeugen, daß das Volk vor allem Ruhe brauche, und daß infolgedessen die Ausschreibung neuer Wahlen nicht angezeigt erscheine. Gleichzeitig sei das Verhältnis Englands zum Kontinent zu regeln. Dazu gehöre auch die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen mit Sowjetrußland. Ein hervorragender Führer der Arbeiterpartei soll sich nach einer weiteren Meldung aus London nach Hamburg begeben haben, um mit den deutschen Sozialisten in Fühlung zu treten.

Einer neuesten Meldung zufolge wurden die Hoffnungen der Labourparty auf Unterstützung durch die Liberalen durch das letzte Auftreten Lloyd Georges genährt, der erklärte, daß, sofern die Führer der Labourparty tatsächlich ihre Kräfte auf die Führung der Regierung im Geiste der Bedürfnisse des Landes einstellen würden, das Kabinett dieser Partei auf die Unterstützung der Liberalen rechnen könne. Lloyd George fügte hinzu, daß Fragen wie die Außenpolitik, das Wirtschaftsleben und die Arbeitslosigkeit als Grundlag für die Verständigung zwischen beiden Parteien dienen würden.

Bromberg, Mittwoch den 9. Januar 1924.

Pommerellen.

8. Januar.

Graudenz (Grudziadz).

* Eine Kesselexplosion im hiesigen Gefängnis fand, wie nachträglich bekannt wird, vor Weihnachten statt. Nach einer Darstellung polnischer Blätter erfolgte die Explosion eines der drei Kessel der Zentralwasserdampfheizung mit solcher Gewalt, daß von dem Behälter nur noch Trümmer übriggeblieben sind. Menschenverluste sind nicht zu beklagen, da kurz vor dem Ereignis die Heizer und der Aufseher den Raum verlassen hatten. Von den beiden anderen Kesseln ist jedoch der eine stark beschädigt; dagegen konnte der dritte gerettet werden, so daß die Unterbrechung in der Beheizung am ersten Weihnachtstag ihr Ende erreicht hatte. Der Materialschaden ist bedeutend und beläuft sich auf etwa 10 Millionen Mark.

* Polizeibericht. Bei einer am Sonnabend vorgenommenen Razzia nahm die Polizei nicht weniger als 37 Dörner fest. — Aus dem Gehöft Kalinierstraße 73 stahlen Diebe heute Nacht ein Schwein im Gewichte von 70 Pfund, Wert etwa 100 Millionen. Ferner wurden durch Einbruch entwendet aus dem Hause Zuckerska grobla 18 ein Paket und ein Schirm; bei dem Bäckermeister Pegen, Schützenstraße 20, Betten im Werte von 150 Millionen.

Thorn (Toruń).

* Unglücksfall. Eine Insassin des Bürgerhospitals in der ul. Slowackiego (Waldstraße) kam am 2. Januar auf dem Staromiejski Rynek (Mittelmärkischen Markt) infolge der herrschenden Glätte so unglücklich zu Fall, daß sie sich dabei eine Hand brach. Eine Mahnung an die Hausbesitzer zum Abschneuen!

* Der Wintersport steht bei dem idealen Wetter in voller Blüte. Bei den allseitigen Schneeverhältnissen wendet sich das meiste Interesse dem Modeln zu. Die Bahn in den Wäldern sowie „neuentdeckte“ Modelgelände im Bereich der ehemaligen Festungsanlagen an den Weinbergen erfreuen sich regem Besuch. Aber auch jeder kleinste Abhang im Stadtpark und im Geynner-Wäldchen hat seine „Stammrodler“, die sich aus der künftigen Generation rekrutieren. Mehr zur Freude ihrer jugendlichen Besucher als zum Nutzen der dabei verwendeten Schlitten wurde am Sonntag flott und munter die große Terrasse im Stadtpark hintergerodet, wobei die meisten Fahrten mit einem Schneebald endeten. Verschiedentlich sah man in den Straßen mehrere zusammengeknüllte Schlittensplitter, die von Pferden gezogen wurden. — Im Gegensatz zu früheren Jahren ist der Eisport heute etwas vernachlässigt. Der sonst gern besuchte Rote Weichselarm sah am Sonntag nur einige wenige Schlittschuhläufer. Die Bahn ist in diesem Jahre nicht vernachlässigt, daher auch weder Eisfest noch wie gewohnt. Die Kunstbahn auf den Mähen des Thorneer Tennisplatzes wurde am 6. Januar eröffnet und sah bereits am Eröffnungstage eine Menge Gäste, die sich bei elektrischer Beleuchtung bis in die Abendstunden vergnügten.

* Dirshan (Tegew), 7. Januar. In der Stadtverordnetenversammlung am Sonnabend wurde u. a. eine neue Befestigung der Gebäuden für die Vergütungssteuer genehmigt. Die Einnahmen nach dem Goldfrank berechnet. Sie betragen hiernach: Ein Konzert, wobei kein Eintritt erhoben wird, 5 Prozent; die Steuer für Eintrittskarten beträgt 20 Prozent des hierfür erhobenen Betrages. Ein Maskenball kostet 10 Prozent usw. Bekanntlich erhebt der Staat von Geschäften und Einnahmen eine Steuer in Höhe von 10 Prozent der betreffenden Beträge. Der Magistrat schlägt vor, in solchen Fällen von dem staatlichen Satz noch weitere 10 Prozent für die Stadt zu erheben. Dem Auftrage wurde zugestimmt. Bei Grundstücksverkäufen sollen vier Prozent von der Kaufsumme erhoben werden. Die Versammlung stimmte dem Antrage zu. An den nochmals eingebrachten Antrag betr. Einführung einer Wohnungssteuer schloß sich wieder eine ausgedehnte Aussprache. Der Magistratsantrag ging dahin, alle Wohnungen von zwei und mehr Zimmern zu besteuern, wurde aber von einigen Stadtverordneten bekämpft. Hierbei wurde auch dem Wunsch Ausdruck gegeben, erstmals eine Luxussteuer auf verschiedene Gegenstände wie Pelae, Divans usw. einzuführen, was von Seiten des Magistrats damit beantwortet wurde, daß auch dieses noch kommen werde. Nach längerer Aussprache einigte man sich schließlich, die Steuer erst von Wohnungen von drei und mehr Zimmern zu erheben, und zwar ein Prozent des Mietzinses von 1914, für Wohnungen mit drei bis vier Zimmern zwei Prozent. Für Handelslokale sollen drei Prozent erhoben werden.

* Donik (Chojnice), 7. Januar. Vor der hiesigen Strafkammer wurde in der Sitzung am Freitag, 4. Januar, gegen den Kaufmann Urbanowski aus Tuchel

und seinen Sohn verhandelt. Die Anklage lautete auf Widerstand gegen die Staatsgewalt und Verstoß gegen das Antialkoholgesetz. Die Verhaftung des angeklagten Bürgers durch die Polizei unter Leitung des Kommandanten Kobelski hatte unter der Bürgererschaft seinerzeit Aufregung verursacht. In der Verhandlung sagten drei Zeugen unter Eid aus, daß der Polizeikommandant bei der Verhaftung den Sohn geschlagen hätte. Auch konnte nicht der Nachweis erbracht werden, daß ein Widerstand gegen die Verhaftung vornehmenden Beamten stattgefunden hätte. Das Gericht sprach daher die Angeklagten frei und erkannte nur gegen den Vater wegen Verstoß gegen das Antialkoholgesetz auf eine Geldstrafe von 20 000 Mark.

* Tuchel (Tuchola), 7. Januar. In Warschau verstarb hochbetagt der Gutsherr v. Balinski, Besitzer des Restantes in Zalno (Schlesien) hiesigen Kreises. Ein Vorfahr des Verstorbenen war in den Jahren 1509 bis 1602 Starost von Tuchel und Besitzer des ganzen Dorfes Zalno (nach ihm benannt), wofür er ein festes Schloss erbauen ließ. Auch das im hiesigen Kreise gelegene Dorf Wndlawek gehörte den Balinskis, es wurde von ihnen dem Ordenskomment der Schwedern in Gelm vermacht. Von dem Schloss in Zalno ist keine Spur mehr. Die Besitzer der Herrschaft wechselten. Bis die ganze Gemarkung Schlesien der Graf von Königsmark in Kammin in seinen Besitz brachte, der das große heraufgewirtschaftete Gut dann später der Anstiftungskommission überließ. Heute besteht der frühere Besitz Zalno aus 45 Ansiedlerstellen und dem Restant, auf dem nach über 400 Jahren wieder ein Balinski, der Verbliebene, wirtschaftete.

Entscheidungen
des Gemischten Schiedsgerichts.

Herausgegeben von Anstalt Dr. Voemendel, Anstalt Magnus, M. A. Ernst Wolff, Berlin, Geymanns Verlag.

Die Bedeutung der Entscheidungen des Gemischten Schiedsgerichts für die Auslegung der Pariser Friedensschlüsse ist offenkundig. Als diese Entscheidungen vollständig nur in der offiziellen französischen Sammlung, dem Recueil, erschienen, in Deutschland erfolgte ein inkonsequenter, unvollständiger Abdruck in einzelnen Zeitschriften. Die in diesem Band enthaltenen Entscheidungen sind aus der amtlichen Sammlung entnommen und unter Berücksichtigung der einschlägigen Literatur und Literatur zu jedem Teil. Das ist ein großer Fortschritt, denn die Literatur ist auf diesem Gebiet derart unübersichtlich, daß die Arbeit außerordentlich erschwert war. So gibt das Werk, dessen erster Teil bis jetzt vorliegt, eine vollständige Zusammenfassung des Materials. Für die deutsch-polnischen Verhältnisse scheint mir das Werk um so wichtiger zu sein, als es eine Orientierung darüber ermöglicht, welche Hilfsmittel die bisherige Tätigkeit der Schiedsgerichte für die Praxis des deutsch-polnischen Schiedsgerichts besitzt.

Rechtsanwalt Dr. A. Rukier.

Eingefandt.

Für diese Rubrik übernimmt die Schriftleitung nur die postgeschickte Verantwortung.)

Hausbesitzer und Mieterschutzgesetz.

Offener Brief

an den Herrn Sejmabgeordneten Dipl.-Ing. E. Berbe.

In Nr. 44 der „Bromberger Volkszeitung“ nehmen Sie Stellung zur neuen Mieterschutznovelle. Die Tendenz dieses Artikels ist etwa folgende:

Seit ca. vier Jahren — also seit Bestehen des Mieterschutzgesetzes — ist die Wohnungsfrage und die Regelung der Mietverhältnisse bei uns das Problem, das die Gesamtheit der Bevölkerung auf das tiefste berührt. Durch die inner- und außerpolitischen Probleme, die der Staat zu lösen hatte oder die noch einer Lösung harren, ist die Wohnungsfrage von den maßgebenden Stellen in den Hintergrund gedrängt worden zum Schaden nicht nur der Wohnungslösen, der Mieter, der Hausbesitzer, sondern auch der bürgerlichen Bauwirtschaft. Die Wohnungslosen klagen über Wohnungsmangel, die Mieter über den Verfall der Wohnungen, die Hausbesitzer fordern freies Verfügungsrecht über ihre Häuser und die Arbeitnehmer des Bauwesens sind infolge der Einschränkung der Bauaktivität entweder in andere Berufe abgewandert oder sie sind ihrem Berufe treu geblieben und gehen hoffnungslos dauernder Arbeitslosigkeit entgegen.

Nachdem Sie dieses alles festgestellt haben, kommen Sie zu dem Schluß, daß für die Regierung trotz alledem kein durchschlagendes Argument bestehe, die von der Rechtskommission bereits ausgearbeitete neue Mieterschutznovelle endlich Gesetz werden zu lassen, zumal der Augenblick für eine solche Reform so ungünstig wie möglich wäre, und Sie treten für allerschärfste Bekämpfung solcher Pläne ein.

Sie befinden sich im Widerspruch mit sich selbst. Denn wie soll man die beiden Meinungen verstehen? Tausende von Menschen haben keine Wohnungen, die Häuser fallen zusammen, die Hausbesitzer können vor Dassel kaum schlafen und hunderte von Bauarbeitern laufen ohne Arbeit herum; aber auf keinen Fall darf dieses gesegnete Geschenk des Herrn Moraczewski — das Mieterschutzgesetz — kassiert oder etwa abgeändert werden, im Gegenteil: allein schon der Gedanke an seine Preisgabe muß auf das allerschärfste bekämpft werden, da sonst eine solche Preispolitik (lies 5 bzw. 10 Prozent der Friedensmieten) zu den allerschwersten sozialen Erschütterungen führen könnte! Nach Ihrer Ansicht könnte eine Ausdehnung auf diesem Gebiete allerschärfstens nur Schritt für Schritt erfolgen und auch erst dann, wenn normale Verhältnisse eintreten.

Wenn Sie die Statistik der bereits verfallenen und baulichen Häuser zur Hand nehmen würden, würden Sie sich überzeugen, daß hier nicht mehr viel zu retten ist, und was noch erhalten werden soll, muß sofort und plötzlich erfolgen, nicht aber erst teelöffelweise und nach Jahren. Ist es Ihnen bekannt, daß es Tausende von Hausbesitzern gibt, die vor Hunger nicht geradeaus sehen können und Armenunterstützung beziehen?

Das Gesetz steht im vollsten Widerspruch mit dem Artikel 29 der Landesverfassung, der jedem Bürger volles Verfügungsrecht über sein Vermögen und Eigentum garantiert. Eine Existenzberechtigung hat somit dieses Gesetz nach Annahme unserer Landesverfassung überhaupt nicht mehr.

Häuser bilden Städte und sind ein sehr erheblicher Bestandteil des Volksvermögens. Schon der Selbsterhaltungstrieb eines jeden Menschen (und sei er auch Kommunist) verleiht es, daß Werte des Nationalvermögens absichtlich und systematisch vernichtet werden.

Sie sagen eingangs, daß die Regierung infolge der innen- und außenpolitischen Probleme genötigt war, diese für die Volksgemeinschaft so wichtige Angelegenheit in den Hintergrund zu stellen. Ist denn die Diätenvorlage für Sejmabgeordnete, das Pensionierungsgesetz für ausgeschlossene Minister, oder das Parzellierungsgesetz für Kirchenämter, sind diese Gesetze denn wichtiger als das Mieterschutzgesetz? Solange dieses Ausnahmengesetz existiert, lebt eine Volkschicht auf Kosten der Hausbesitzer. Ich möchte nur sehen wollen, wenn ein Arbeiter seine redlich erworbenen Stiefeln oder Hosen auf Grund eines Gesetzes gezwungen wird, einem anderen umsonst oder für drei Streichhölzer jährlich zu verpachten oder zu vermieten.

Es gibt für die Regierung keine bringendere Arbeit als die Erledigung dieses Gesetzes. Nach Kasserung dieses Gesetzes tritt sofort eine Wispung ein. Daß die Bauaktivität belebt wird, ist ganz klar und wird in Deutschland bewiesen, wo seit zwei Jahren soviel gebaut wird, wie in keinem anderen Lande.

Sowohl die Zentralverbände als auch viele Ortsvereine der Haus- und Grundbesitzer haben wiederholt Delegationen und Petitionen nach Warschau geschickt, aber immer ist die Angelegenheit ein Verprechen geblieben, bis sie endlich auf den toten Punkt gelangte.

Hoffentlich wird die jetzige Regierung diese — auch für die Sanierung der Finanzen nicht unwichtige Angelegenheit demnächst erledigen und die Hausbesitzer wieder als gleichberechtigte Bürger anerkennen, was der innerste Neujahrswunsch aller Hausbesitzer ist.

Razimiera Mojzesa,
Vizepräsident des Hausbesitzervereins Brodnica, Mitglied des Vorstandes des Pommer. Zentralverbandes.

Kleine Rundschau.

* Durch ein Unglück aus dem Gise gerettet. Ein kleines Kuferschnitzwerk vollbrachte das Hamburger Flugzeug „Hummel“ von der Gesellschaft für Luftverkehrsunternehmen Hamburg, indem es den letzten Mann der Besatzung des im November bei Duesum gestrandeten Motorschiffes „Conderburg“ rettete. Der Mann war auf dem Schiff, das bei einer starken Sturmflut hoch auf den Strand gesetzt worden war und wegen der vorgeschrittenen Jahreszeit nicht abgeschleppt werden konnte, als Wache zurückgeblieben. Die Verhältnisse der letzten Woche machten aber, was nicht vorausgesehen war, die Verpflegung des Wächters unmöglich. Zu Schiffe war an das Wrack nicht heranzukommen, andererseits aber hielt auch das Eis noch nicht. In diese Situation griff nun das Flugzeug „Hummel“ ein. Unter Führung des Flugzeugführers Luxen und nach Anweisung des Kapitäns des Motorschiffes landete es trotz tiefer Wasserrinnen neben dem gestrandeten Schiff auf dem Gise, nahm den Mann, der schon fast verhungert war, auf und flog nach Hamburg zurück.

* Das Kardinalskollegium. Nach den letzten Ernennungen besteht das Kardinalskollegium aus 64 Mitgliedern, von denen 33 Italiener und 31 Ausländer sind. Diese verteilen sich folgendermaßen: 7 Franzosen, je 4 Deutsche und Spanier, je 2 Engländer, Polen, Österreicher und Amerikaner sowie je ein Belgier, Kanadier, Tscheche, Ungar, Irlander, Portugiese, Brasilianer und Holländer.

Der Buchkalender
Deutscher Heimatbote in Polen

für das Jahr 1924

— zweite Auflage —

ist erschienen

und zum Preise von Mk. 1.125.000. — resp. 1.25 x Buchhändlerzahl in allen Buchhandlungen zu haben. Wo nicht vorrätig, bitte beim unterzeichneten Verlage zu bestellen. — Nach außerhalb gegen Vorauszahlung oder Nachnahme zugänglich 20.000 Mk. für Porto und Verpackung.

A. Dittmann G. m. b. H.

Bydgoszcz.

11223

Mühleneinrichtung

komplett, Dampfmaschine, 40 P.S., Walzenstuhl, 2 Stichtmaschinen, Elevator und Steine zu verkaufen. Offerten unter „Mühl.“ an die Geschäftsstelle „Słowo Pomorskie“, Toruń.

Eisern- u. Eichen-Brennholz

v. rollendem Material abzugeben.
J. & E. Eisenack, Bydgoszcz.

Kältebeständige Maschinenöle

empfiehlt für die jetzige Jahreszeit

Ernst Schmidt, Bydgoszcz,

Oel- und Fettfabrik. — Treibriemenfabrik. — Techn. Geschäft.

Telefon 288 u. 1616.

479

Dworcowa 33.

Eingetragene Hochzucht

des Deutschen bereicherten Landschweines.

Stammeher und Sauen

auf Ausstellungen der D. L. G. vielfach prämiert, gibt laubend ab. Über und Sauen ab 3 Monate alt aufwärts. Nachkommen des importierten Ebers Gote, eingetragen in das Eliteherdbuch der Provinz Hannover und des Ebers Ritters III.

Günther Modrow, Bagzet,

Staryczew (Pomorz).

Graudenz.

Kaufe jeden Posten

Getreide, Hülsenfrüchte, Saaten u.

zu Tagespreisen gegen sofortige Kasse.

Arndt, Grudziadz

Strzeleca 7.

Telefon 367. Toruń, Chelminska 12

Thorn.

In der

Deutschen Rundschau

finden alle

1908

Thorner Inserate

wirkungsvolle Verbreitung.

Anzeigen-Annahme, fachmännische Beratung, Kostenanschläge in der

Hauptvertriebsstelle:

Justus Wallis, Thorn.

Farben

Firniz

Lade

Schlemmreibe

Gips

empfehlen vorteilhaft

L. Richter,

Drogerie, 11572

Deutsche Bühne

in Toruń L. 2.

Sonntag, d. 13. Januar,

abends 8 Uhr:

Zum 1. Male:

„Börtenfieber“

Schwank in 3 Akten

von M. Reimann und

D. Schwarz, 595

Vorverkauf Buchhlg.

Steinert Nachf.,

Prosta 2 (Gerechtesstr.).

Nus Stadt und Land.

Der Nachdruck sämtlicher Original-Artikel ist nur mit ausdrücklicher Angabe der Quelle gestattet. — Allen unsern Mitarbeitern wird strengste Verschwiegenheit zugesichert.

Bromberg, 8. Januar.

Die valorisierten Post- und Telegrammgebühren.

Mit dem heutigen Tage, 8. Januar, tritt die Verordnung über die Valorisierung der Post-, Telegramm- und Telephongebühren in Kraft. Die Valorisierung beruht auf der Festsetzung der Gebühren in Tarifeinheiten. Die Berechnung erfolgt in polnischen Mark nach dem zweiwöchentlichen Kurs des Goldfranken für die Gebühren im Inlandsverkehr und für den Briefverkehr nach dem Ausland, sowie nach dem Tageskurs des Goldfranken für die Gebühren im Paketverkehr nach dem Ausland, ferner für Telegraph und Telephon sowie für sämtliche rückständigen Gebühren.

Für die Zeit vom 8. bis 15. Januar einschließlich wurde der zweiwöchentliche Kurs des Goldfranken auf 1 220 000 Mark festgesetzt.

Unter Berücksichtigung der aus technischen Gründen notwendigen Abminderungen wurden für den genannten Zeitraum folgende Gebühren in polnischer Mark im Inlandsverkehr festgesetzt:

Für den gewöhnlichen Brief 125 000 M., für die Postkarte 80 000 M., für Drucksachen bis 50 Gr. 50 000 M., bis 100 Gr. 65 000 M., für Warenproben bis 250 Gr. 125 000 M., bis 500 Gr. 250 000 M., für Pakete bis zu 1 Kilo 400 000 M., bis zu 5 Kilo 610 000 M., bis zu 10 Kilo 1 220 000 M., bis zu 15 Kilo 1 380 000 M., bis zu 20 Kilo 2 440 000 M. Die Gebühr für Postanweisungen bis zu 1 000 000 M. 30 000 M., bis zu 5 Millionen M. 40 000 M., bis zu 10 Millionen M. 50 000 M., bis zu 20 Millionen M. 100 000 M., bis zu 30 Millionen 180 000 M., bis zu 40 Millionen M. 160 000 M., bis zu 50 Millionen M. 200 000 M.; die Einschreibgebühr beträgt 250 000 M., die Expressgebühr 500 000 M. Für das Wort eines gewöhnlichen Telegramms werden 100 000 M. erhoben, für das Telegramm mindestens 1 Million M.

Im Auslandsverkehr kostet ein Brief bis 20 Gr. 400 000 Mark, nach der Tschechoslowakei, Österreich, Rumänien und Ungarn 300 000 M., eine Postkarte 240 000 M., nach der Tschechoslowakei, Österreich, Rumänien und Ungarn 175 000 Mark, Drucksachen für jede 50 Gr. 80 000 M., Warenproben für jede 50 Gr. 80 000 M., mindestens aber 180 000 M. Die Einschreibgebühr beträgt 400 000 M., die Expressgebühr 800 000 M.

Über die Ursachen der zunehmenden Fleischsteigerung.

hat die „Gazeta Wydzgostka“ von dem Schlachthausdirektor Wiatkowski hier folgende Auskunft erhalten: Die Bromberger Großschlächter stützen sich auf die Posener Börse, auch wenn sie ihr Vieh und ihre Schweine lebendgewicht billiger bezahlet haben, als sie an der Börse notieren. Beweis dafür ist, daß, während am Donnerstag um 11 Uhr vormittags im Großhandel Schweinefleisch mit 3 200 000 bis 3 600 000 M. pro Kilogramm verkauft wurde, um 1 Uhr nach Erhalt der Nachricht über die Börsennotierungen in Polen die Großschlächter Schweinefleisch mit 4 000 000 M. und mehr verkauften. Von diesem rasenden Sprung der Preissteigerung unterrichtet, bestellte der Schlachthausdirektor den Bürgermeister der Innung zu sich, der über die Gründe der plötzlichen Preissteigerung befragt erklärte: Der Grund dafür sei die Erschwerung des Kaufs der Gewerkschweine durch die Steuerkasse. Die Schlächter hätten bereits 14 Tage vor Neujahr vor der Kasse gestanden, aber die Gewerkschweine nicht erlangen können, und jetzt müßten sie, sobald der Termin für den Kauf der Gewerkschweine bis zum 13. 1. verlängert worden sei, auf der Basis des Schweinepreises Frank zahlen. Wenn z. B. der Schlächter vor Neujahr 18 Millionen für einen Gewerkschwein bezahlen sollte, so muß er jetzt etwa 60 Millionen bezahlen. Um sich vor den Verlusten zu schützen, die aus dem nicht pünktlichen Kauf der Gewerkschweine sich ergeben, erhöhten die Schlächter den Fleischpreis.

Der Schlachthausdirektor Wiatkowski ging nun die Fleischskala durch und stellte den Durchschnittspreis fest. Nimmt man ein Schwein von durchschnittlich 120 Kilogramm, so muß nach dem Schlachten der Schlächter 1032 Kilogramm erhalten, worin Blut, Leder, Hatz usw. enthalten sind, Teile, die übrigens zu Futter verarbeitet werden und keinen Abgang bedeuten. Nimmt man als Beispiel den Preis an der Börse vom Donnerstag an (100 Kilogramm lebendgewicht kosteten 290 Millionen), so würde ein Schwein von 120 Kilogramm rund 276 Millionen kosten. Dazu kommen die Schlachtabfälle in Höhe von 4 Millionen, zusammen also 280 Millionen. Nach dem Schlachten erhält der Schlächter 1032 Kilogramm vollwertige Ware; es entfallen also im Großhandel auf 1 Kilogramm etwa 2 570 000 Mark. Der Detailverkäufer muß auch etwas verdienen, es muß also als Grundpreis 3 Millionen pro Kilogramm oder 1½ Millionen pro Pfund angenommen werden.

Wie oben gesagt, waren die Großhandelspreise für Schweinefleisch am Donnerstag im Schlachthaus bis 4 Millionen pro Kilogramm notiert, und die Detailisten verkauften das Kilogramm mit 4 200 000 M. Am Ende der Unterredung erklärte Herr Wiatkowski, daß er seinerzeit sich an die Fleischverwaltung gewandt hätte, um eine Kommission zu bilden, die über die Preise zu entscheiden gehabt hätte, aber die Innung habe auf den Vorschlag gar nicht geantwortet.

Die erste Stadtverordnetenversammlung in diesem Jahre ist auf den Donnerstag dieser Woche anberaumt. Auf der Tagesordnung steht neben der Wahl des Vorstandes die in der vorigen Sitzung nicht erledigte Angelegenheit der Straßenreinigungskosten (Bezahlung der Kosten durch die Hausbesitzer bzw. Mieter), sowie eine Vorlage betr. Erhebung von städtischen Zuschlägen zur staatlichen Gewerbesteuer.

Mit dem Auto ausgerückt ist am Sonnabend vormittag der Chauffeur Franz Neumann, der bei einer tiefen Grobhirn in Stellung war. Es handelte sich um ein großes, schwarzes, schwebendes Auto mit der Nummer B. 3. 10 608, Motornummer 4545, Fabriknummer Praha 4545.

Ein Pelz gestohlen wurde aus dem Korridor einer Wohnung des Hauses Bahnhofstraße (Dworcowa) 18b. Der Dieb hat sich vermutlich durch erfolgloses Klingeln oder Klopfen an der Tür davon überzeugt, daß die Einwohner nicht zu Hause waren, und dann das einfache Schnepfenloch geöffnet. Der Fall mahnt zur Vorsicht, und insbesondere dazu, die Korridortüren beim Fortgang noch besonders zu verriegeln.

Handels-Rundschau.

Danzig-polnische Handelskammer. Der Danzig-polnische Handelskammer schreibt über den Zweck der Organisation: Der Danzig-polnische Handelskammer ist eine Organisation, die frei von jeder Politik ist für den Kaufmann erforderliche praktische Arbeit leisten will. Um zu verhindern, daß diese praktische Arbeit durch evtl. auftretende politische Differenzen gestört wird, ist in den Statuten die Wahrnehmung jedweder politischer Interessen von dem Wirkungsbereich des Handelsdiensts ausgeschlossen. Dem Rat der Handelskammer sind entsprechende Angelegenheiten und Einzelmitglieder entsprechend in Einklang zu beschließen, in diese Organisation die politischen Behörden nicht einzumischen. Der Handelskammer steht aber, im Einver-

niss mit den beiderseitigen Regierungen zu arbeiten und somit zur Befriedigung künftiger Momente auf wirtschaftlichem Gebiet beizutragen. In dem Vorstand ist die Danziger und die polnische Kaufmannschaft gleichmäßig vertreten. Um eine größere Tragfähigkeit zu erhalten, sollen Parallelorganisationen in den einzelnen Gebieten Polens errichtet werden, deren Gründung bereits in der nächsten Zeit zu erwarten sein wird.

Konzeptionen an Schiffahrtsgesellschaften. Die polnische Regierung hat vor einiger Zeit eine Verfügung erlassen, wonach Schiffslinien nur dann konzeptioniert werden, wenn der ganze Auswanderungsverkehr durch polnische Häfen geleitet wird. Eine Sonderdelegation dieser Art, welche in Danzig weilt, hat gewisse Zusicherungen erhalten. Da nämlich die Auswandererlager in Rostow (Rostok) und Danzig noch nicht so weit ausgebaut sind, um den ganzen Verkehr abzuwickeln zu können und außerdem die Linien sich zu vergrößern, hat die Regierung einverwilligt, daß 40 Prozent der polnischen Auswanderer nach westeuropäischen Häfen geleitet werden können. Unter dieser Bestimmung fallen nicht die deutschen Seefahrer, welche für Danzig und Gdynia keine Konkurrenz darstellen sollen. Dafür sollen die Schiffahrtsgesellschaften eine um 100 Prozent erhöhte Konzeptionsgebühr in Dollar oder Gold zahlen. Man rechnet damit, daß der den Danziger Hafen für 1924 überhörende Betrag dem Bau einer polnischen Handelsflotte überwiesen werden kann. Die Vergütung wurde nur für ein Jahr ausbezahlt. Während dieser Zeit sollen die in Betracht kommenden Aus-

Der Mangel der polnischen Solanindustrie. Die vorausgesagte Verminderung der polnischen Solanindustrie durch die hohen Solanausträge haben in letzter Zeit in der polnischen Presse eine große Rolle gespielt. Die polnische Solanindustrie hat, in stärkerer Form einverwilligt, während die Ausfuhrabgabe im Juni nach einer Zusammenkunft der Solanindustrie, Danziger Solanindustrie, noch fast 7000 Pfund Sterling brachte, sank sie im Juli auf 3200, betrug im August 4550, im September 5290 und im Oktober allerdings wieder 10 000 Pfund. Diese verhältnismäßig hohe Summe im Oktober erklärt sich aber hauptsächlich durch die Erhöhung der Solanausträge, während in Wirklichkeit der Umsatz der Ausfuhr erheblich kleiner geworden ist. Das ist für die polnische Solanindustrie natürlich bedauerlich, und vor allem wird durch die Verminderung der Solanausträge der Eingang an Exporteinkünften natürlich immer kleiner. Die polnische Presse nimmt daher auch recht öfter einen sehr trübsinnigen Stand der Solanindustrie durch eine übermäßige Abgabe Stellung. Neuerdings wird die Solanindustrie weiter erschwert durch eine Erhöhung der Eisenbahnfrachten, so daß sich der Ausfuhrhandel noch weiter zurückzieht, weil er befürchtet, daß das polnische Holz auf dem Weltmarkt nicht mehr konkurrenzfähig ist.

Die Lage der russischen Solanindustrie. Russische Nachrichten veröffentlichten in letzter Zeit einen Überblick über die Tätigkeit der russischen Solanindustrie, deren Geschäftsjahr, soweit es sich um die staatlichen Trübsal handelt, am 1. Oktober abgelaufen war. Nach einem ausführlichen Auszug aus diesen Berichten in der Zeitschrift „Danziger Solanindustrie“ erreichte die Erzeugung gelöster Solan im Ausland im Jahre 1922/23 ungefähr 50 Prozent von der Erzeugung der Vorkriegszeit. Die Solanausträge dieses Jahres betrug 5,2 Millionen engl. Pfund gegen 1,9 Millionen im Vorjahre. Für das Jahr 1924 hat man auf Grund der letzten Preise eine Solanausträge von 9,4 Millionen Pfund vorgezogen, und bei der letzten Entwicklung ist es so gut wie sicher, daß diese Menge erreicht werden kann. Die größte Ausfuhr hat der staatliche Trübsal (Sawerzowsk) aufzuweisen, dessen Ausfuhr hauptsächlich über Archangel geht und im letzten Geschäftsjahr 2,8 Millionen Pfund erreicht hat. An zweiter Stelle steht mit einer Ausfuhr von 800 000 Pfund der Petrograd. Es gibt in Russland fast 15 staatliche Solanwerke, die ein Kapital von 55 Millionen Goldrubel haben. Außerdem hat die Solanindustrie Rechte bei der Staatsbank, die aber nicht ausreichen. Die Entwicklung wird daher durch Kapitalmangel beeinträchtigt.

Materialienmarkt.

Leder. Warschau, 5. Januar. Auf dem Rohledermarkt stellten sich in der abgelaufenen Woche die Preise auf der alten Höhe. Parallel mit der Valorisation, die in unser Wirtschaftsleben eingeführt worden ist, bereitet sich auch der Preis der Rohstoffe auf den Übergang zur Goldskala vor. Die Preise auf dem Markt bei mittlerer Nachfrage erklären sich aus der Auffassung des Warenbesitzes durch die Steuerleistungen. Bei geringerer Nachfrage notierten rote Viehhäute pro Rud 27 200 000; Kalbskelle fielen etwas bis 850 000 für 1 russische Pfund. Die Ursache muß man suchen in der beginnenden Schlachtung von Färbereien und der Vermehrung des Angebots. Obgleich der innere Markt mit diesem Leder nicht ausreichend gesättigt ist, veranlassen die obigen Gründe die Großhändler zu Verkäufen von ihren Vorräten. Rohhäute notierten 24 000 000 das Stück. Die Provinz kündigt Preisfall an, Kalbskelle werden mit kaum 750 000 poln. Mark bezahlt.

Kohle. Warschau, 5. Januar. Der Verein der ober-schlesischen Gruben „Robur“ notiert vom 1. d. M. bis auf Widerruf auf Grund der allgemeinen Verkaufsbedingungen in Tausenden poln. Mark für die Tonne 100 Wagon Grube einschließlich 25 Prozent Kohlensteuer und einschließlich Umfrachten (jedoch ohne Transportmittel und ohne andere Gebühren und Steuern): Stäbchen und Würfel I und II, Rud Ia und Ib 52 500, Rud II 48 400, Erbs 43 800, Grus 43 800, Schnitt 0-70 Millimeter 35 000, Rätter klein 0-35 Millimeter 22 900, Rätter groß 66 400, Röss 66 400.

Rundholz. Warschau, 5. Januar. Preis für eine Rinde, enthaltend 5000 Schichten, 115 poln. Mark für rote importierte, 114 poln. Mark für weiße, nicht importierte, einschließlich Steuer 100 Verladestation Zarabow, Blone oder Polen. Der Preis wird berechnet nach dem durch das Finanzministerium festgesetzten Kurs.

Das Wirtschaftsleben in Polen.

Jahresbilanz für 1923.

In ihrer Neujahrsnummer brachte die Warschauer „Gazeta Polska“ einen Überblick über die Gestaltung des Wirtschaftslebens in Polen im verflochtenen Jahre. In diesem Überblick, den wir nachstehend wiedergeben, wird vorwiegend angenommen, daß die Zahlen einen bedeutenden Fortschritt des Wirtschaftslebens aufweisen, daß hingegen die Verbesserung der Verhältnisse auf dem Gebiet der Finanzwirtschaft noch sehr viel zu wünschen übrig lasse.

Günstige Entwicklung der Landwirtschaft.

Im abgelaufenen Jahre hat sich die Landwirtschaft nach den Ergebnissen des Krieges schon fast vollkommen wieder ausgerichtet. Nur noch hinter der Bug- und Nemenlinie trifft man Brachland an, das jedoch im Jahre 1924 wahrscheinlich vollständig nutzbar gemacht werden wird. Trotz der ungünstigen Konjunktur auf den Märkten, die besonders in den letzten Monaten des vergangenen Jahres in der Erscheinung trat, hat die polnische Landwirtschaft sämtliche Hindernisse überwunden und geht in ununterbrochener Entwicklung vorwärts. Die besäte Fläche betrug

	Das Budget-Defizit (in Millionen Schweizer Franken)	Verschuldung des Staats-Schatzes bei der P. R. A. P. (in Milliarden poln. M.)	Banknoten-Umlauf bei der P. R. A. P. (in Milliarden poln. M.)	Dollar Kurs in Tausenden poln. M. (Durchschnitt der letzten Woche des Dezembers)	Wert des Geldumlaufs in Millionen Dollar	Index für die Großhandelspreise (1914 = 1)	Index für den Dollar Kurs (1914 = 1)	Steigerung der Unterhaltungskosten in Warschau in Prozenten
1923								
Januar	22	799	909	33	27,5	5 446,0	7 804	52,7
Februar	33	1 085	1 117	48	23,3	8 518,1	11 494	61,79
März	95	1 752	1 841	42	43,8	9 835,0	10 051	33,51
April	52	2 151	2 332	47	49,6	10 539,2	11 100	9,62
Mai	40	2 377	2 734	53	51,6	11 253,5	12 563	13,36
Juni	36	2 996	3 567	101	35,3	18 814,1	24 167	47,99
Juli	38	4 190	4 479	168	26,7	30 699,7	40 000	57,42
August	55	6 473	6 872	249	27,8	52 946,8	59 206	32,25
September	62	10 263	11 198	319	35,1	73 022,0	75 873	30,12
Oktober	25	19 000	23 080	1 685	13,7	273 884,3	401 224	13,96
November	—	42 854	53 217	3 414	15,6	686 427,3	612 897	83,25
Dezember	—	10 51 235	61 486	6 250	(annähernd)	1 482 313	—	66,91
		20 64 071	82 188					51 06
								53,67
								66,89
								?

Diese Tabelle zeigt in allgemeinen Umrissen, wie im Zusammenhang mit dem Defizit des Budgets die Inflation wuchs, wie infolge dessen der Wert der polnischen Mark sank, wie sich der Geldmarkt krampfte und wie die Teuerung stieg. Diese Zu-

im Wirtschaftsjahre 1923/24 in tausenden Hektar: Weizen 1017, Roggen 4045, Gerste 1199, Hafer 2515. Die Ernte in landwirtschaftlichen Erzeugnissen betrug in tausenden Doppelzentnern: Weizen 13 136, Roggen 59 908, Gerste 18 508, Hafer 45 948.

Wenn man bedenkt, daß trotz alledem der Stand der landwirtschaftlichen Kultur in Polen noch nicht den Vorkriegsstand erreicht hat, so ist festzustellen, daß die Ernte des verflochtenen Jahres zu den sehr günstigen gehört. Im Vergleich zu dem durchschnittlichen Vorkriegsstand betrug die Weizenernte 86 Prozent, die Roggenernte 118 Prozent, die Gerstenernte 119 Prozent und die Haferernte 130 Prozent. Die Kartoffelernte überstieg im vergangenen Jahre ebenfalls den Vorkriegsstand. Bei diesem günstigen Stande der Dinge und unter Berücksichtigung des dauernden steigenden Konsums (der Konsum an Brotgetreide betrug im Wirtschaftsjahre 1920/21: 104 Kilo, auf den Kopf der Bevölkerung, im Jahre 1921/22: 168 Kilo, im Jahre 1922/23: 185 Kilo, gegenüber dem durchschnittlichen Verbrauch der Vorkriegszeit von etwa 220 Kilo) kommt man nach vorläufigen Berechnungen zu dem Schluss, daß nach vollständiger Befriedigung der Bedürfnisse des Landes aus dem verflochtenen Jahre ein Überschuß von etwa 100 000 Waggons Brotgetreide, hauptsächlich Roggen (bei einem angenommenen Verbrauch von 195 Kilo auf den Kopf — 122 000 Waggons, bei einem Verbrauch in Höhe der Vorkriegszeit — 73 000 Waggons), über 40 000 Waggons Gerste und etwa 150 000 Waggons Kartoffeln besteht, der für den Export abgegeben werden kann.

Der Saatensatz für das kommende Jahr war zum Schluss des abgelaufenen Jahres im allgemeinen günstig. Nach den Angaben des statistischen Hauptamts vom November war die Weizenfaat in ganz Polen auf (Qualifikationsstufe 4,0), die Roggenfaat dagegen mehr als auf (Qualifikationsstufe 4,1). Stellt man die obigen Zahlen mit dem Stande der Dinge aus den Jahren 1919 und 1920 zusammen, so kommt man zu der Überzeugung, daß wir auf dem Gebiet des Wiederaufbaus des polnischen Wirtschaftslebens im vergangenen Jahre zu Ergebnissen gekommen sind, die man ohne Übertreibung direkt hervorragen zu nennen kann.

Was die Industrie und den Handel im abgelaufenen Jahre anbelangt, so dürfte die Feststellung genügen, daß sich die polnische Industrie trotz der ungeheuren schwierigen Verhältnisse, die sie seit der Errichtung der polnischen Staatlichkeit zu überwinden hatte, und weiter entwickelt hat. Die Kämpfe, die die Industrie durchmachen mußte, erklären sich aus der Tendenz, die Preise für industrielle Erzeugnisse auf dem Inlandsmarkt mit den Weltpreisen in Einklang zu bringen, andererseits mit den niedrigen Preisen für landwirtschaftliche Erzeugnisse im Inlande, die von dem Weltmarkt bedeutend abwichen usw. Diesen Zustand illustrieren die statistischen Angaben für den Monat November 1923. Während der Durchschnittsindex für Großhandelspreise von 57 Artikeln im November 688 427 (1914 = 1) betrug, so betrug der Index für Getreide und Pflanzennahrungsmittel nur 546 368; während der Index für Rohmaterial und Textilmaterialien 1 425 535 betrug, betrug der Index für Metalle und Kohlen 899 126.

Die Handelsbilanz.

Die Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse im abgelaufenen Jahre geben die Zahlen und Angaben wieder, die sich auf die Handelsbilanz beziehen. Nach der allgemeinen Zusammenfassung für die ersten drei Vierteljahre des vergangenen Jahres betrug die Einfuhr nach Polen: 2 447 241 Tonnen im Werte von 831 250 000 Goldfranken. Die Ausfuhr dagegen 14 157 450 Tonnen im Werte von 932 159 000 Goldfranken. Im abgelaufenen Jahre gestaltete sich also die Handelsbilanz Polens entschieden aktiv. Zur Aufklärung ist hervorzuheben, daß der so bedeutende Unterschied im Gewicht der Ausfuhr und der Einfuhr sich damit erklärt, daß im Laufe der ersten neun Monate des Jahres 1923 aus Polen 10 177 908 Tonnen Kohlen ausgeführt wurden, und zwar hauptsächlich aus Oberschlesien nach Deutschland. Außer der Kohle, die die Hauptposition der Ausfuhr (2 501 000 Goldfranken) darstellte, exportierten wir im vergangenen Jahre Wolle und Webwaren (112 898 000 Goldfranken hauptsächlich nach Rumänien), unbearbeitetes Holz und Holzfabrikate aus Holz (98 557 000 Goldfranken, hauptsächlich nach Deutschland und auch nach England), Metallergänze (95 256 000 Goldfranken, hauptsächlich nach Deutschland), Zucker (47 805 000 Goldfranken, hauptsächlich nach Deutschland), Rinder (47 805 000 Goldfranken, hauptsächlich nach Dänemark, Frankreich und England), Getreide und Mehl (10 260 000 Goldfranken, hauptsächlich nach England, Deutschland und Dänemark), Rohwolle (30 505 000 Goldfranken, hauptsächlich nach Deutschland, Österreich und der Tschechoslowakei).

Die Hauptposition des polnischen Imports bildeten im Laufe der ersten neun Monate des abgelaufenen Jahres Metallergänze (124 941 000 Goldfranken, hauptsächlich aus Deutschland), erst an zweiter Stelle kommen Textilergänze, und zwar Baumwoll (95 566 000 Goldfranken, hauptsächlich aus den Vereinigten Staaten) und Wolle (61 817 000 Goldfranken, hauptsächlich aus England und Deutschland), Spinnwaren (32 166 000 Goldfranken, hauptsächlich aus England, Deutschland und Österreich), Webwaren (39 334 000 Goldfranken, hauptsächlich aus Deutschland, Österreich und der Tschechoslowakei), Leder (30 701 000 Goldfranken, hauptsächlich aus Deutschland und Österreich), Getreide und Mehl (20 935 000 Goldfranken, hauptsächlich aus den Vereinigten Staaten), Fische und Krebse (21 519 000 Goldfranken, hauptsächlich aus England), Erze (14 991 000 Goldfranken, hauptsächlich aus Deutschland).

Die Verbesserung unserer Handelsbilanz im abgelaufenen Jahre zeigt folgende allgemeine Zusammenfassung des ersten Halbjahres 1923 gegenüber dem ersten Halbjahr des Jahres 1922.

Jahr	Einfuhr	Ausfuhr	Prozent der Einfuhr
1922	294 119	180 641	44,8
1923	567 370	601 200	105,8

Das Defizit des Staats-Schatzes.

Nach Feststellung dieser guten Ergebnisse, die von der günstigen Entwicklung des polnischen Wirtschaftslebens im abgelaufenen Jahre zeugen, stellt die „Gazeta Polska“ fest, daß Polen auf dem Gebiet der Finanzwirtschaft diesen Fortschritt leider nicht aufzuweisen hat.

Trotz aller Bemühungen, so schreibt das Blatt, wurde eine Besserung der Finanzwirtschaft im vergangenen Jahre nicht erreicht. Wollte man sich lediglich nach den Zahlen orientieren, so müßte man zu der Überzeugung kommen, daß sich die finanzielle Lage des polnischen Staates im abgelaufenen Jahre bedeutend verschlechtert hat. Es ist jedoch unmöglich, sich nach den Zahlen allein zu orientieren. Man kann die Augen nicht verschließen vor der vorbereitenden Arbeit zur endgültigen Sanierung des Staats-Schatzes, die im vergangenen Jahre geleistet worden ist. Es wurde eine Reihe von weittragenden Steuererlassen beschlossen. Es wurde der Grundstein gelegt für die Valorisierung der Steuern und öffentlichen Abgaben und es wurde auch der Boden vorbereitet zur Verringerung der Staatsausgaben. Auf diese Weise wurde ein Fundament geschaffen, auf dem sich im Jahre 1924 endgültig ein Gebäude der ausgeübten Finanzen der Republik erheben wird. Die Finanzlage unseres Staates spiegelt die nachstehende Tabelle wider, aus der die Krankheitserscheinungen in unserer Finanzwirtschaft mit aller Deutlichkeit in die Erscheinung treten.

	Das Budget-Defizit (in Millionen Schweizer Franken)	Verschuldung des Staats-Schatzes bei der P. R. A. P. (in Milliarden poln. M.)	Banknoten-Umlauf bei der P. R. A. P. (in Milliarden poln. M.)	Dollar Kurs in Tausenden poln. M. (Durchschnitt der letzten Woche des Dezembers)	Wert des Geldumlaufs in Millionen Dollar	Index für die Großhandelspreise (1914 = 1)	Index für den Dollar Kurs (1914 = 1)	Steigerung der Unterhaltungskosten in Warschau in Prozenten
1923								
Januar	22	799	909	33	27,5	5 446,0	7 804	52,7
Februar	33	1 085	1 117	48	23,3	8 518,1	11 494	61,79
März	95	1 752	1 841	42	43,8	9 835,0	10 051	33,51
April	52	2 151	2 332	47	49,6	10 539,2	11 100	9,62
Mai	40	2 377	2 734	53	51,6	11 253,5	12 563	13,36
Juni	36	2 996	3 567	101	35,3	18 814,1	24 167	47,99
Juli	38	4 190	4 479	168	26,7	30 699,7	40 000	57,42
August	55	6 473	6 872	249	27,8	52 946,8	59 206	32,25
September	62	10 263	11 198	319	35,1	73 022,0	75 873	30,12
Oktober	25	19 000	23 080	1 685	13,7	273 884,3	401 224	13,96
November	—	42 854	53 217	3 414	15,6	686 427,3	612 897	83,25
Dezember	—	10 51 235	61 486	6 250	(annähernd)	1 482 313	—	66,91
		20 64 071	82 188					51 06
								53,67
								66,89
								?

zusammenfassung ist zweifellos eine traurige Bilanz unserer Finanzwirtschaft im verflochtenen Jahre, ist ein Memento, das die Vereinigung aller Kräfte zur Gesundung des Staats-Schatzes im Jahre 1924 erfordert.

Statt besonderer Anzeige.

Heute Abend entschlief sanft nach kurzem schweren Leiden mein guter Bruder, unser lieber Onkel, Groß-Onkel und Vetter,

Direktor des Kreislandbundes Brodnica
Hauptmann der Reserve a. D.

Paul Weißermel

im 68. Lebensjahre.

Im Namen der Hinterbliebenen
Anna Weißermel Döhlingen, als Schwester
Eva Weißermel, als Nichte.

Brodnica, den 6. Januar 1924.

Die Beerdigung findet Mittwoch, den 9. Januar 1924, nachmittags 2 Uhr, vom Trauerhause aus statt.

Expedientin

prima Zeugnisse, alt. Kraft, deutsche und polnische Sprache, sowie Ortskenntnisse erwünscht, per sofort gesucht.
C. B. „Expres“, Jagiellońska 70.
Meldesteil von 1-3 und 6-8 Uhr nachm.

Tüchtigen Leutebucht

mit Scharwerkern zum 1. April 1924 gesucht.
Tom. Rotomierz, pow. Bydgoszcz, 557.
Zu sofortiger, Eintritt unverheiratet, deutsch sprechender, herrschaftl.

Diener

mit nur besten Referenzen gesucht. Angeb. an die Gutsverwaltung, Kolanowo, powiat Toruń.

Intellig. Mädchen und Burken

v. Alter 17-18 Jahren, Anmeldg. d. 9. Jan. v. 10-11 Uhr vormittags stellt ein
Cieslinski & Kallier
Pfeifen- u. Zigaretten-
fabrik
ul. Kierwska Nr. 9.

Hausmädchen

das vollständig kochen kann, a. 15. od. sp. gel. Pomorska 3, II Et., r. 1. no

Einfache Stube

mit gut. Kochkenntn., u. Stubenmädchen in Wäschebehdlg. erf. zum 1. Febr. gesucht.
Frau Dr. C. Senatsch, Unisław.

1 besseres Mädchen

zur Beaufsichtigung v. 2 Kindern (9 u. 7 J.) und f. leichtere Hausarbeiten, f. Auswärts gesucht. Kennntn. der poln. Sprache Beding. Angeb. m. Zeugnisabschriften zu richten an B. Globus, Lódz.
Biotrowska 37. 557

Suche gebild., evangl. Stube

nicht unter 23 J. vor-
kenntn. i. Kochen, gutes
Mädchenhändl., Ausstell.,
Blüten erforderlich;
Wirtin und 2 Stuben-
mädchen vorh.
Ar. Elisabeth Schumann,
Karbowa bei Brodnica.

Schlafzimmer

in Eiche und Damen-
zimmer in Mahag.,
allerm. Ausführung,
vert. preisw. 12 75
auch auf Teilzahlung
Fabrit
Sackowskiego 33.

Achtung! 1 Chaise- longue

ein Wäschestell. ist bil-
lig zu verkaufen.
Toruńska 178.

Sofa, Chaiselongue

billig zu verkauf. 421
Jagiell. 37. Stb. v. 1.

Mähmaschine

zu
Pomorska 58, I. links.

1 Zonbank

mit 28 Schubladen,
3,50 lang, 1 Zonbank
ohne Schubladen, 2,30
lang, 1 Kontor-las-
verkleidung zu verkauf.
Bracia Leitreiter
Inowroclaw. 4160

Ein Wächterpelz

wird zu kaufen gel. 510
Julius Brilles,
Schuhfabrik.

Zu verkaufen

ein Gehrock - Anzug,
Friedensware, gegen
Kragen, sowie
ein Schafherd.
Witowski, Bydgoszcz,
ulica Glinki 6. 4229

Herrenanzug

fast neu, mit 2 Paar
Solen, passend nur für
größere schlankere Per-
sonen, billig zu verk.
1. 98 Ekspres 8, I. r.

Photoapparate

(Objektive, 1 Prismen-
glas, Rahmen, Kartons
laut Ziffernblatt,
Gdańska 153. 1227

Gut erhalt., leichter Haltberbed

zu verkaufen. Näheres
Em. Trójcy 5
(Baderel).

3 aut. erb., schwere Rollwagen

sofort zu kaufen gel.
P. Rosinski i Sta.,
Bydgoszcz,
ul. Entadelska 13/14.
Telefon 1701. 529

Geschlossener Opel- Personenwagen

sehr elegant, Innen-
heizung, 8/24 P. S.,
eiserne Strohprelle
fast neu,
eiserne Getreide-
quetsche
für Dampftrieb
stehen preiswert zum
Verkauf.

Thieles Patent-Ofen

neu, als Zimmer-, Koch-
u. Bratofen zu verkauf.
Rodus, Em. Trójcy 12.
- Tel. 266. - 4213

Jagdgewehr

Revolver u. Geige zu
kaufen gel. Off. unter
Z. 4193 an die D. Rd.

Ein massives 4-stöckiges Haus

in Breslau, im Zentrum der Stadt gelegen,
tauche gegen ein

Landgut od. Fabrikunternehmen

in der Umgegend v. Bydgoszcz, eventl. auch
gegen Zuzahlung.

Gef. Offerten unter Z. 4206 an die Geschäfts-
stelle der Deutschen Rundschau erbeten.

3 Dauerbrandöfen bis zu 900 ccm heizend
4 Dauerbrandöfen bis zu 250 ccm heizend
1 Weißfärbender Kochherd
2 Gas-Heizöfen
2 Gas-Heizöfen für je 5 Brennstellen
1 Heizmaschine für 1000 kw
1 Heizmaschine mit Kartendruckapparat
1 Tafelwagen, 2x1 m Brückengröße
1 Kontor-lasverkleidung mit Türen
1 Gasbadofen mit Wanne
1 kompl. Abortvorrichtung mit Spülkasten
1 Manometer, 10 Atm.

Bracia Leitreiter,

Inowroclaw.

Artumulatoren- Batterie

60 Elemente der
Type J I,
wenig gebraucht, fast
sämtliche Platten neu,
ab hiesigem Lager bill.
zu verkaufen.
Witowski, Bydgoszcz,
ulica Glinki 6. 4229

Witowski, Bydgoszcz, ulica Glinki 6. 4229

Witowski, Bydgoszcz, ulica Glinki 6. 4229

Witowski, Bydgoszcz, ulica Glinki 6. 4229

Witowski, Bydgoszcz, ulica Glinki 6. 4229

Witowski, Bydgoszcz, ulica Glinki 6. 4229

Witowski, Bydgoszcz, ulica Glinki 6. 4229

Witowski, Bydgoszcz, ulica Glinki 6. 4229

Witowski, Bydgoszcz, ulica Glinki 6. 4229

Witowski, Bydgoszcz, ulica Glinki 6. 4229

Witowski, Bydgoszcz, ulica Glinki 6. 4229

Witowski, Bydgoszcz, ulica Glinki 6. 4229

Witowski, Bydgoszcz, ulica Glinki 6. 4229

Witowski, Bydgoszcz, ulica Glinki 6. 4229

Witowski, Bydgoszcz, ulica Glinki 6. 4229

Witowski, Bydgoszcz, ulica Glinki 6. 4229

Witowski, Bydgoszcz, ulica Glinki 6. 4229

Witowski, Bydgoszcz, ulica Glinki 6. 4229

Witowski, Bydgoszcz, ulica Glinki 6. 4229

Witowski, Bydgoszcz, ulica Glinki 6. 4229

Witowski, Bydgoszcz, ulica Glinki 6. 4229

Witowski, Bydgoszcz, ulica Glinki 6. 4229

Witowski, Bydgoszcz, ulica Glinki 6. 4229

Witowski, Bydgoszcz, ulica Glinki 6. 4229

Witowski, Bydgoszcz, ulica Glinki 6. 4229

Witowski, Bydgoszcz, ulica Glinki 6. 4229

Witowski, Bydgoszcz, ulica Glinki 6. 4229

Witowski, Bydgoszcz, ulica Glinki 6. 4229

Witowski, Bydgoszcz, ulica Glinki 6. 4229

Witowski, Bydgoszcz, ulica Glinki 6. 4229

Witowski, Bydgoszcz, ulica Glinki 6. 4229

Witowski, Bydgoszcz, ulica Glinki 6. 4229

Witowski, Bydgoszcz, ulica Glinki 6. 4229

Witowski, Bydgoszcz, ulica Glinki 6. 4229

Witowski, Bydgoszcz, ulica Glinki 6. 4229

Witowski, Bydgoszcz, ulica Glinki 6. 4229

Witowski, Bydgoszcz, ulica Glinki 6. 4229

Witowski, Bydgoszcz, ulica Glinki 6. 4229

Witowski, Bydgoszcz, ulica Glinki 6. 4229

Witowski, Bydgoszcz, ulica Glinki 6. 4229

Witowski, Bydgoszcz, ulica Glinki 6. 4229

Witowski, Bydgoszcz, ulica Glinki 6. 4229

Witowski, Bydgoszcz, ulica Glinki 6. 4229

Witowski, Bydgoszcz, ulica Glinki 6. 4229

Witowski, Bydgoszcz, ulica Glinki 6. 4229

Witowski, Bydgoszcz, ulica Glinki 6. 4229

Witowski, Bydgoszcz, ulica Glinki 6. 4229